

Frau Oberbürgermeisterin
Margret Mergen
Marktplatz 2

76530 Baden-Baden

Günter Seifermann
Stadt- und Ortschaftsrat
Steinbach, Mälzergasse 14
76534 Baden-Baden
Tel: +49 (7223) 52892
seifermann@rebland-gruene.de

Baden-Baden, 14. August 2014

Anfrage der bündnisgrünen Gemeinderatsfraktion zum Auslaufen der Rahmenvereinbarung über Investitionszuschüsse für den Baden-Airpark im Jahr 2015

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Mergen,

die bündnisgrüne Fraktion des Baden-Badener Gemeinderates stellt hiermit im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Rahmenvereinbarung im Jahr 2015 folgende Anfrage:

1. Was sind die grundsätzlichen strategischen Überlegungen der Stadtverwaltung hinsichtlich des zukünftigen städtischen Engagements beim Baden-Airpark nach Auslaufen der Rahmenvereinbarung in 2015 ?
2. Sieht die Stadtverwaltung in der Förderung des klimaschädlichen Flugverkehrs eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge?
3. Stellt sich aus Sicht der Stadtverwaltung die wirtschaftliche Situation des Baden-Airparks so dar, dass in den nächsten Jahren Investitionszuschüsse erforderlich bzw. angemessen erscheinen?
4. Könnten weitere Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand für den Baden-Airpark im Konflikt zu neuen Leitlinien der EU für staatliche Beihilfen zugunsten von Flughäfen stehen?
5. Ist seitens der Stadtverwaltung der Verbleib der Stadt Baden-Baden in der Beteiligungsgesellschaft des Baden-Airparks weiterhin beabsichtigt?
6. Ist geplant, eine neue Rahmenvereinbarung abzuschließen? Wenn ja: Für welchen Zeitraum und welche die Stadt Baden-Baden betreffenden Festlegungen und Investitionszuschüsse sind darin vorgesehen?
7. Wann wird sich der Baden-Badener Gemeinderat mit der Frage des zukünftigen städtischen Engagements beim Baden-Airpark befassen?



ePaper.htm

Begründung:

2015 läuft die seit 2003 gültige Rahmenvereinbarung aus, mit der sich Baden-Baden als Miteigentümerin der Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft zu einer Zahlung jährlicher Investitionszuschüsse in Höhe von 456.000,-- Euro verpflichtet hatte.

Die GRÜNE Fraktion lehnt die Förderung des Regionalflughafens über kommunale Investitionszuschüsse sowohl aus Gründen des Klimaschutzes als auch hinsichtlich eines verantwortungsvollen Umgangs mit Steuergeldern weiterhin ab.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob weitere Investitionszuschüsse für den Flughafen aus wirtschaftlicher Sicht überhaupt erforderlich sind und ob Zuschüsse aus öffentlicher Hand im Konflikt mit dem EU-Beihilferecht stehen könnten.

Das Auslaufen der Rahmenvereinbarung bietet nun die Gelegenheit, die städtischen Zuschüsse für den Baden Airport dauerhaft zu beenden.

Mit der Anfrage sollen die aktuellen Überlegungen der Stadtverwaltung in Sachen Baden Airport und Baden-Airpark als Grundlage für die in den nächsten Monaten zu führende Diskussion im Gemeinderat transparent gemacht werden.

Mit freundlichem Gruß

Günter Seifermann
Stadt- und Ortschaftsrat

(im Auftrag der bündnisgrünen Gemeinderatsfraktion Baden-Baden)